

**Raumbezogene Umweltplanung –
Wie planen wir umweltgerecht und
partizipativ unsere Räume ?**

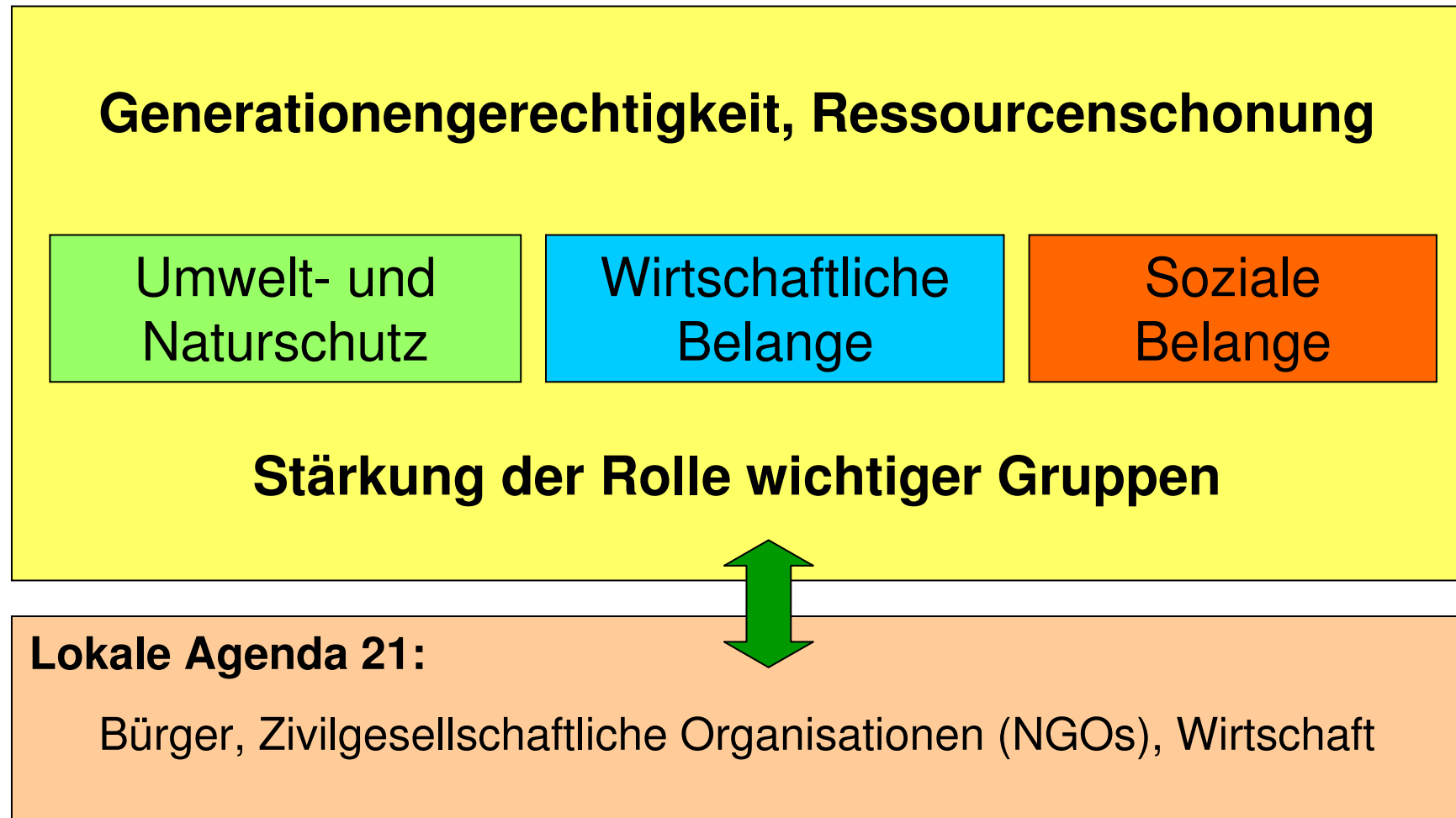
Gertrude Penn-Bressel
Umweltbundesamt

Gliederung

- Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung
- Raumbezogene Planungen in Deutschland
- Planungsgrundsätze: Ziele, Vermeidungsgebot und gerechte Abwägung aller Belange
- Umweltschutz und Strategische Umweltprüfung
- Partizipativ Planen – Bürgerbeteiligung
 - Nachträgliche gerichtliche Plankontrolle
 - Beteiligung im Vorfeld von Planungsbeschlüssen
 - Öffentliche Auslegung von Plänen und Einwendungen
 - Vorgezogene Bürgerbeteiligung (mit Beispiel)
 - Bürgerbeteiligung und Strategische Umweltprüfung
- Schlussbemerkungen

Prinzipien einer Nachhaltigen Entwicklung

UNCED: Nachhaltige Entwicklung – Agenda 21



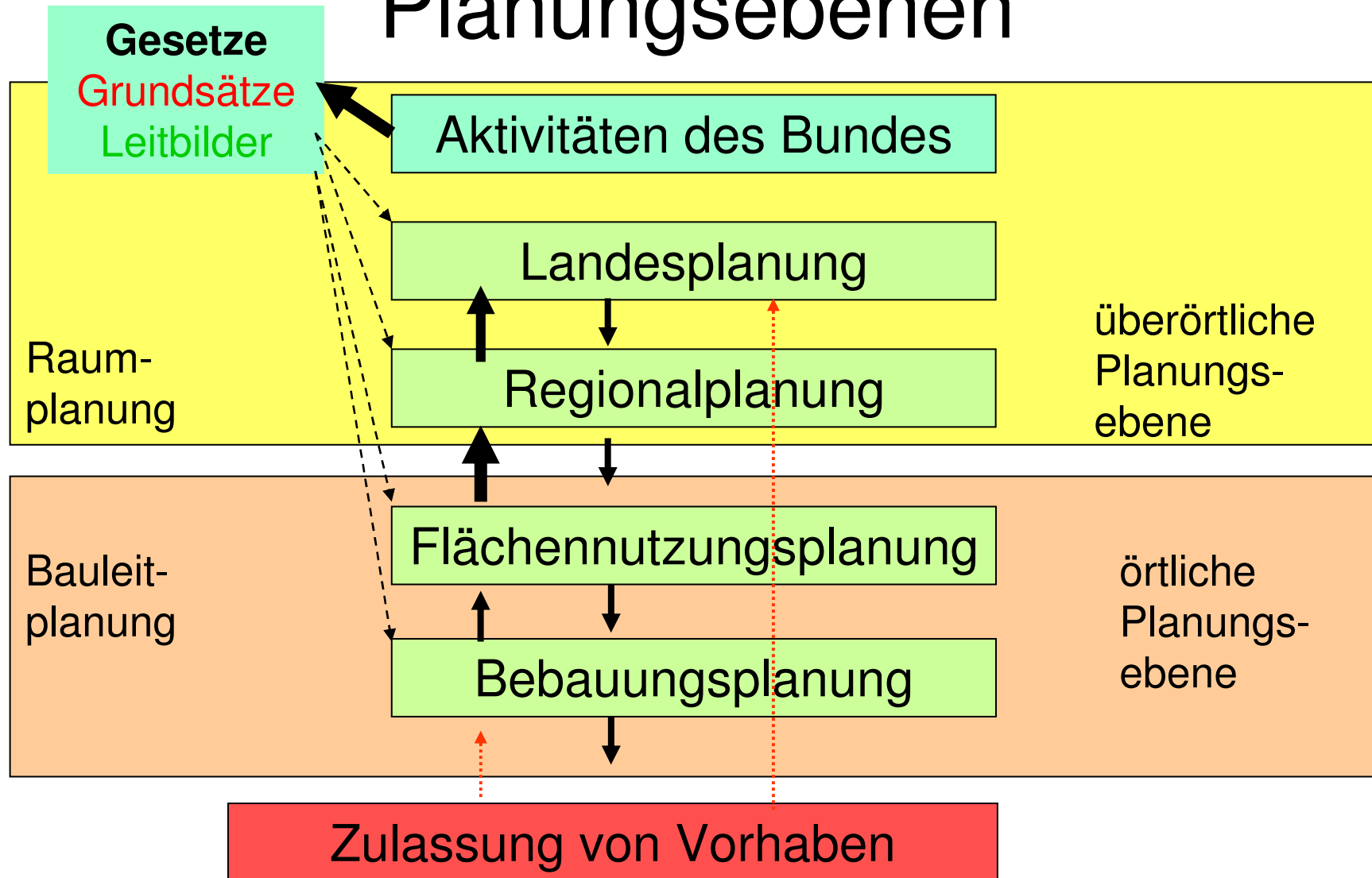
EU: Good Governance

- Offenheit (*Transparenz der Entscheidung; wer, wozu, wie, warum?*)
- Partizipation (*Bürgerbeteiligung*)
- Verantwortlichkeit (*Korrektur von Fehlern*)
- Effektivität (*Nicht zu viel Bürokratie*)
- Kohärenz (*alles staatliche Handeln soll die gleichen Ziele verfolgen*)

Raumbezogene Planungen in Deutschland

Raumbezogene Planung

Planungsebenen



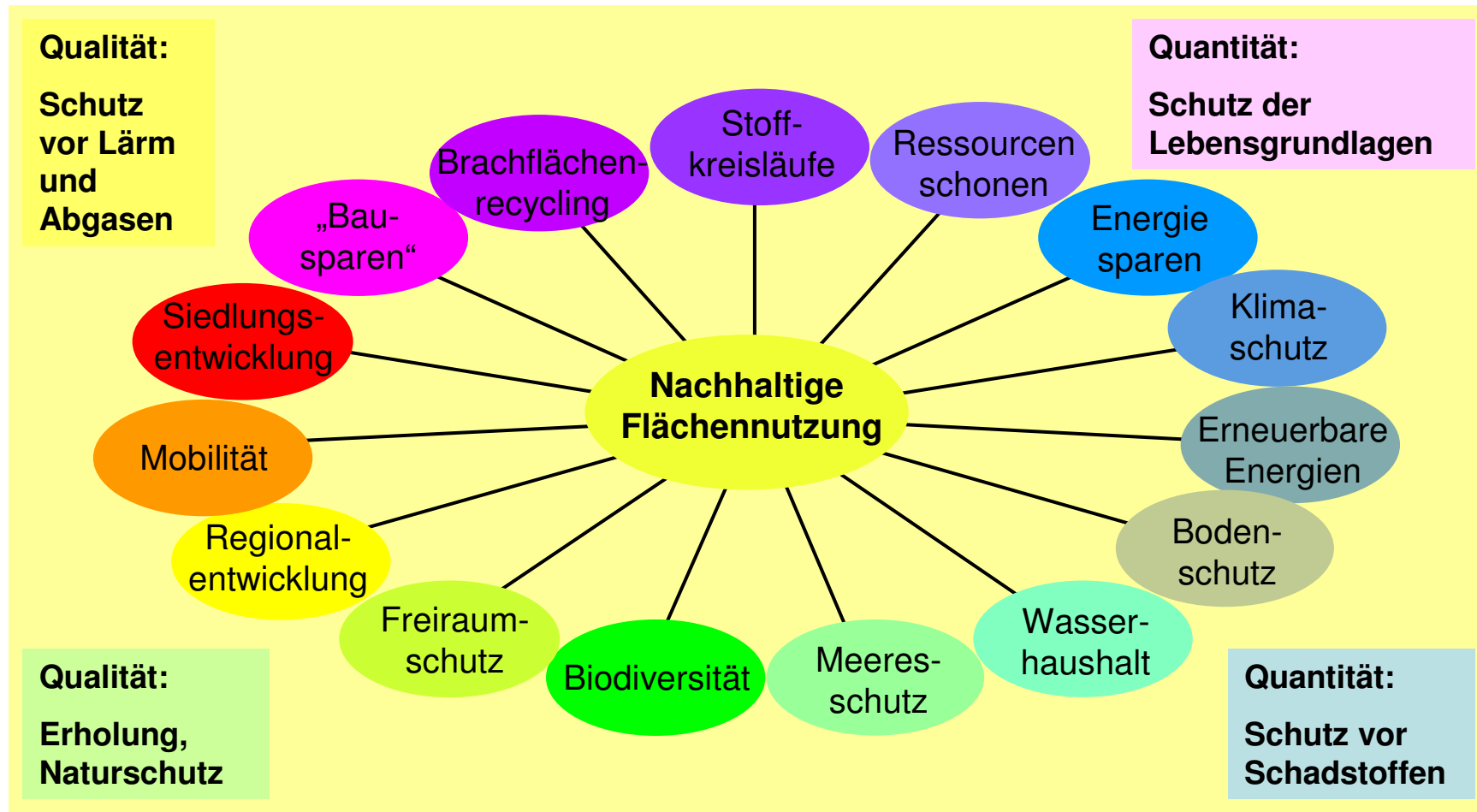
Starke Kommunen, Schwache Regionen – Folge: Zersiedelung



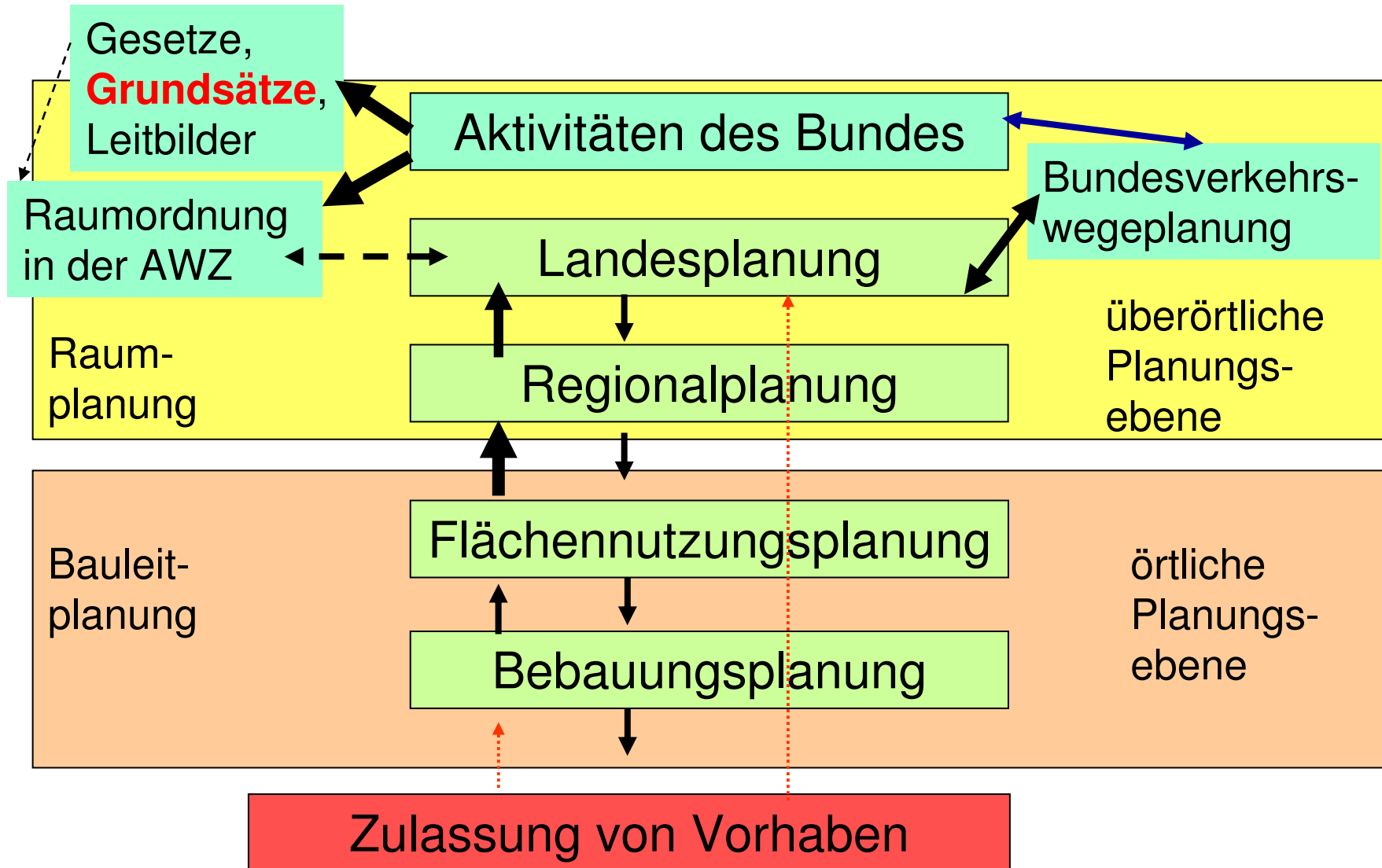
Starke Kommunen, Schwache Regionen – Folge: Brachflächen



Nachhaltige Flächennutzung – Umweltthemen



Weitere Aktivitäten des Bundes

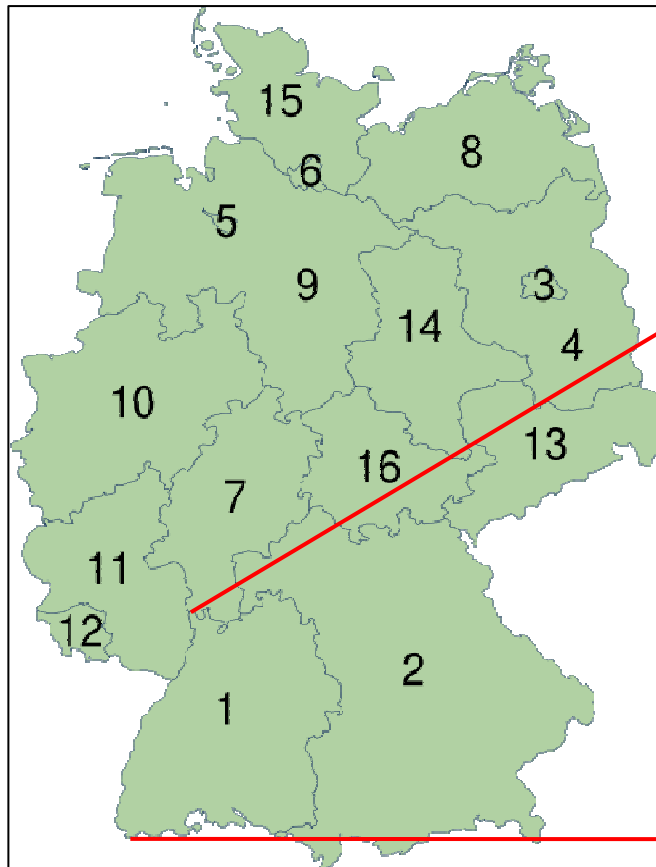


Raumplanung und Bauleitplanung - Zuständigkeiten in Deutschland

- Für Raumordnung in der AWZ (**ausschließlichen Wirtschaftszone**) in Nord- und Ostsee ist der Bund zuständig
- Raumplanung ist ansonsten Aufgabe der Bundesländer
- Bauleitplanung ist Aufgabe der Städte und Gemeinden



Beispiel: Baden-Württemberg

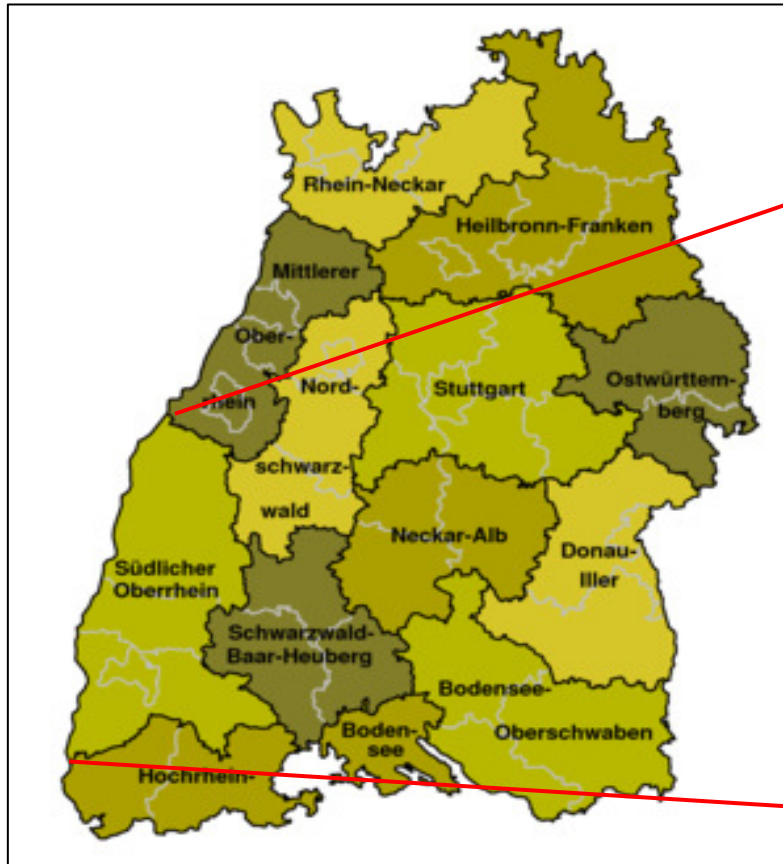


Deutschland

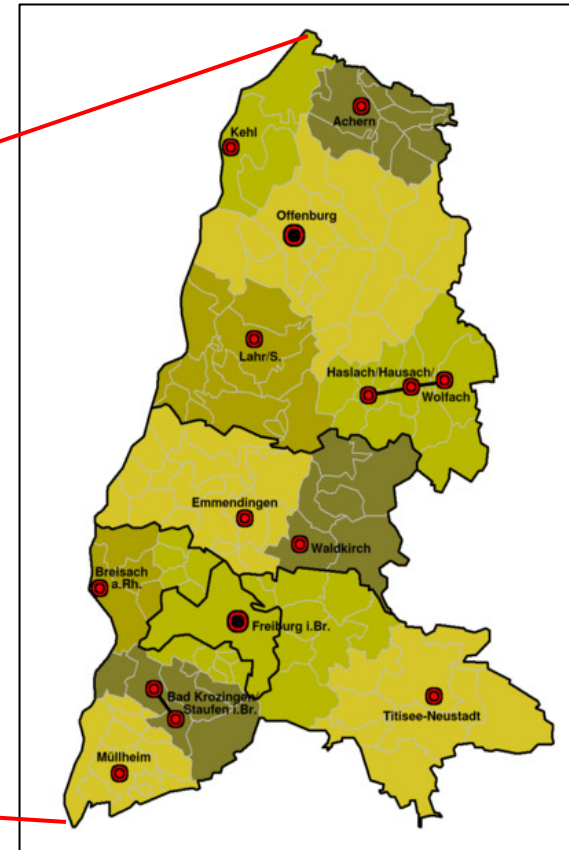


Land Baden-Württemberg:
Landesentwicklungsplan

Land und Planungsregionen

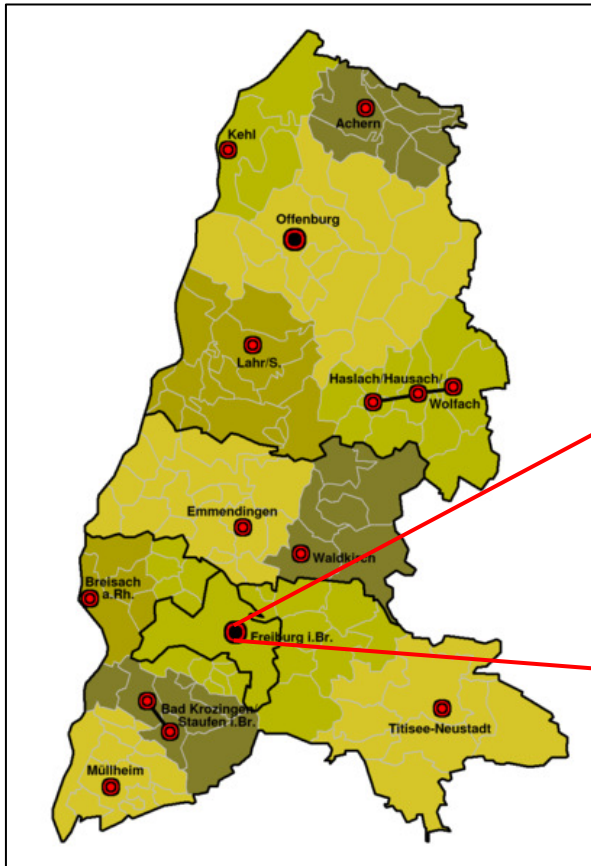


Baden-Württemberg:
Landesentwicklungsplan

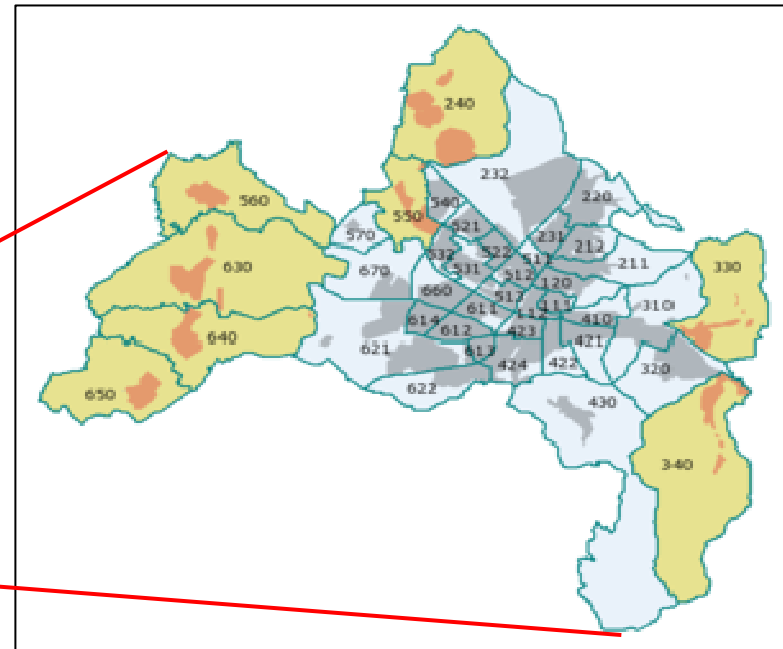


Region Südlicher Oberrhein:
Regionalplan

Planungsregion und Stadt

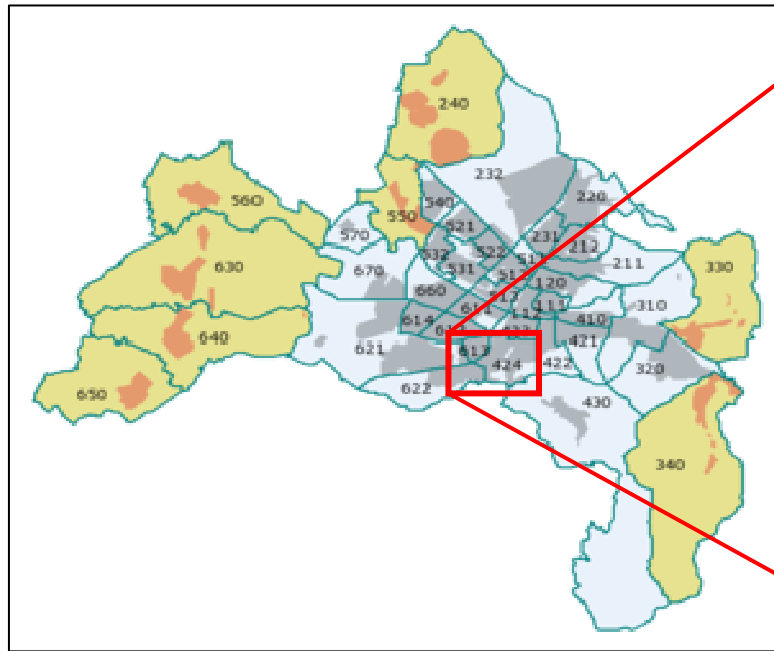


Region Südlicher Oberrhein:
Regionalplan

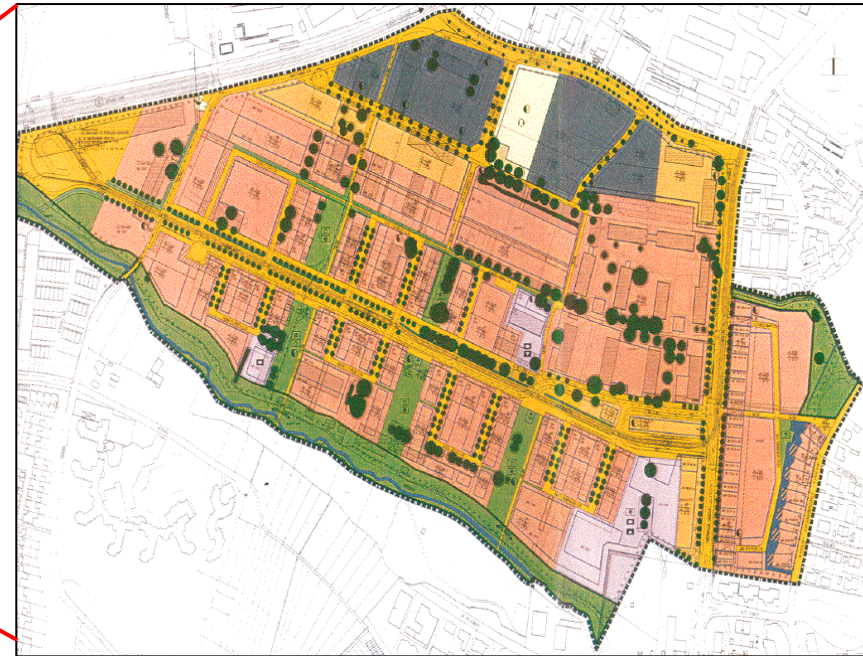


Stadt Freiburg i. Br.:
Flächennutzungsplan
Bebauungspläne

Flächennutzungs- und Bebauungsplan

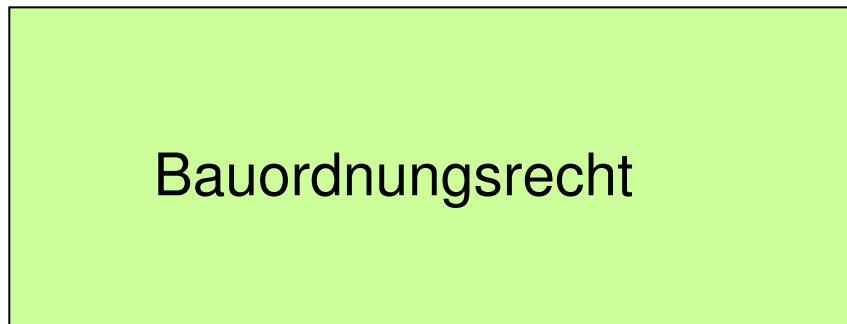
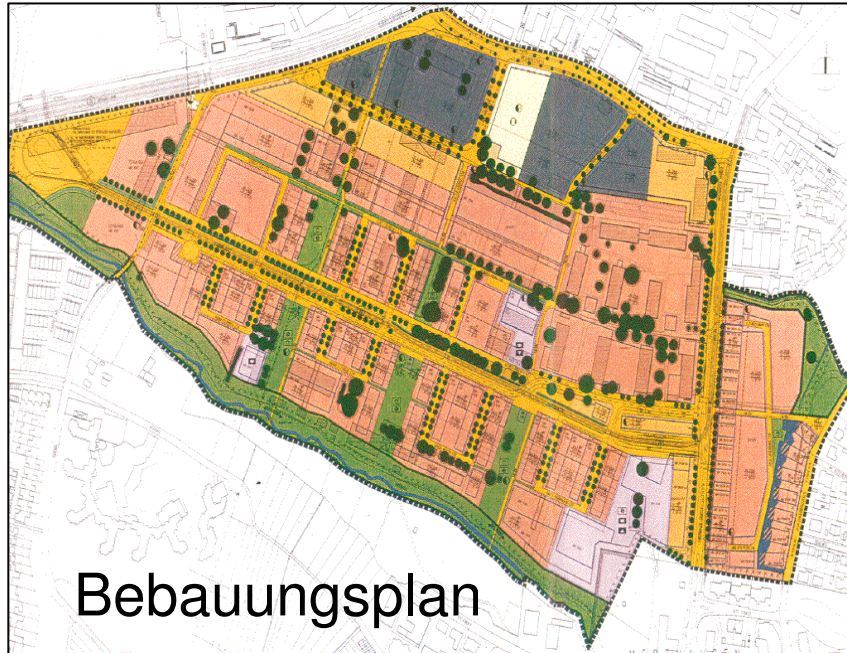


Gesamtgebiet der Stadt:
Flächennutzungsplan



Teilgebiet der Stadt:
Bebauungsplan

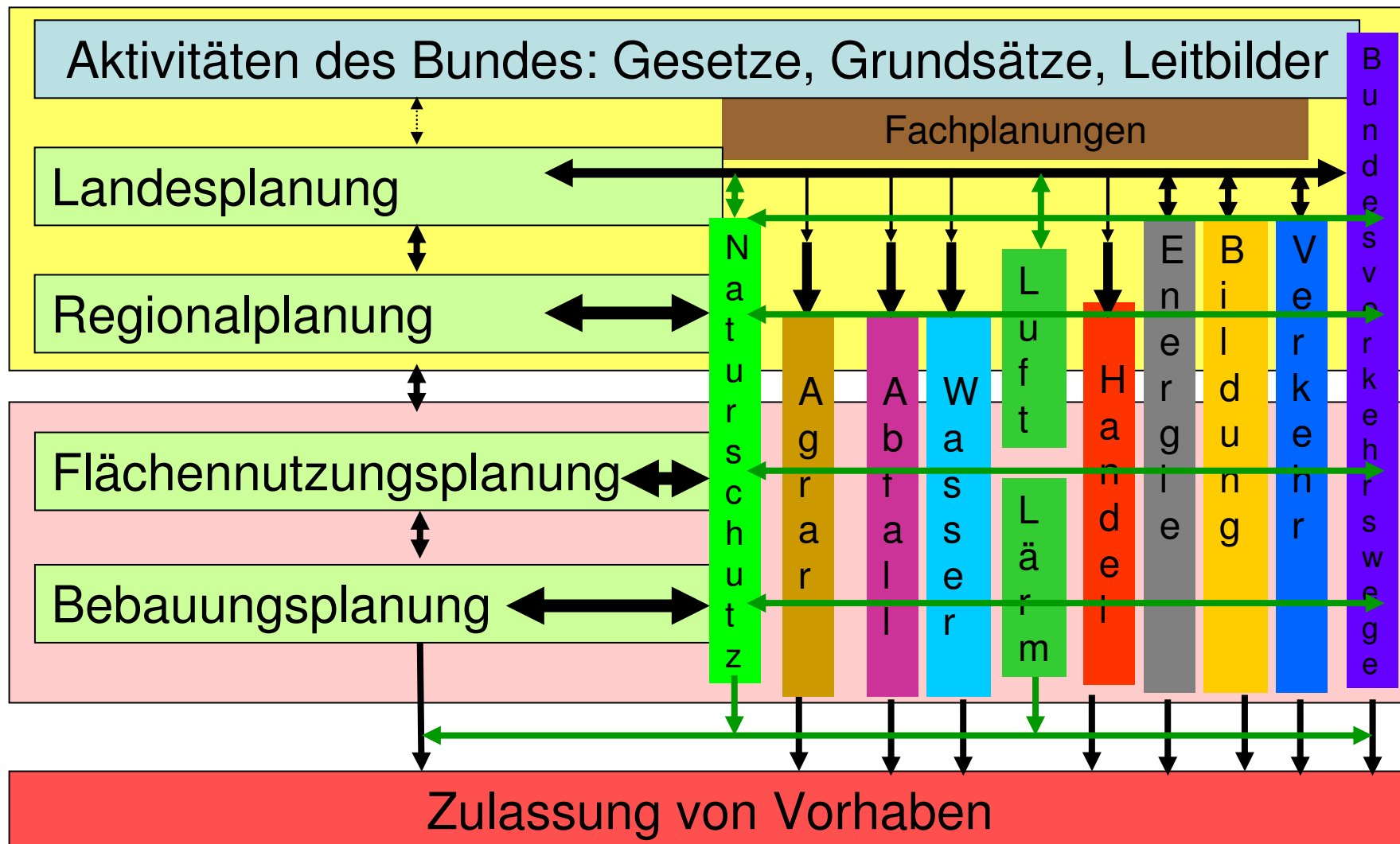
Bebauungsplan und Zulassung von Vorhaben



Baugenehmigung



Raumplanung und Fachplanungen in Deutschland (Koordination)



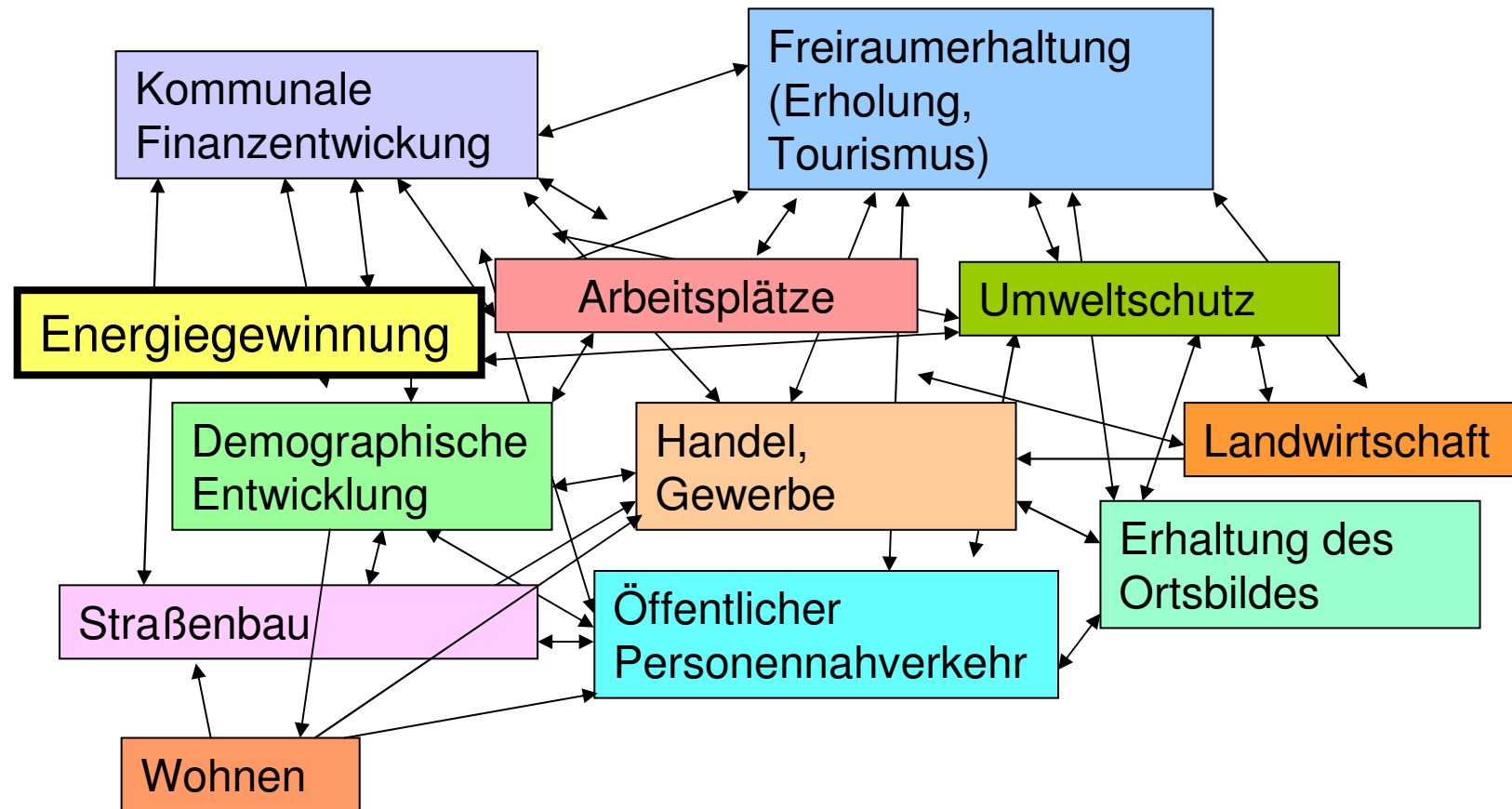
Planungsgrundsätze:

Ziele, Vermeidungsgebote,
gerechte Abwägung

Allgemeine Ziele jeder Planung

- Ziel der Raumplanung: **nachhaltige regionale Entwicklung**
 - zahlreiche Einzelziele, unter anderem Schutz der Umwelt
- Ziel der Bauleitplanung: **nachhaltige städtebauliche Entwicklung**
 - zahlreiche Einzelziele, unter anderem Schutz der Umwelt

Ziele und betroffene Belange



.....*und vieles andere mehr*

Ziele einer bestimmten Planung (Beispiele)

- **Verkehrsentwicklungsplan**
 - Verbesserung der Erreichbarkeit von Stadtteilen mit öffentlichen Verkehrsmitteln
 - Reduzierung von Staus, Ordnung des Parkens
- **Bebauungsplan**
 - Versorgung von Familien mit Wohnraum
 - Ansiedlung von Gewerbe und Schaffung von Arbeitsplätzen
 - Sicherung von Freiflächen für die Erholung

Vermeidungsgebote

- **Schutz der Menschenrechte**
 - Leben und körperliche Unversehrtheit
 - Handlungsfreiheit
 - Eigentum
 - Berufsausübung

} ggf. Entschädigung in Geld
- **Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Verantwortung für künftige Generationen**
 - Erhalt von Vogelschutzgebieten von Europäischer Bedeutung, Schutz bedrohter Pflanzenarten etc.
 - Schutz der Wälder, Schutz des Grundwassers
 - *Schutz fruchtbarer Böden ?*

Ziele des Plans

Auswirkungen des Plans prüfen

Vermeidungsgebote

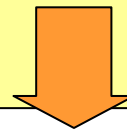
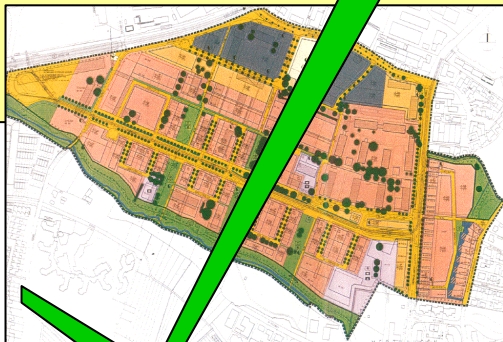
Umwelt- und
Naturschutz

Wirtschaftliche
Belange

Soziale
Belange

Interessen einzelner Personen / Personengruppen,
Betriebe oder öffentlicher Institutionen

gerechte Abwägung **aller** Belange



Entscheidung
über den Plan



Gerechte Abwägung

- Festlegen **wie wichtig** das **Ziel der Planung** ist
- Feststellen, ob **Vermeidungsgebote** verletzt werden
Wenn ja, dann Alternativen prüfen
- Alle sonstigen betroffenen Belange und Interessen ermitteln (z.B. auch **Folgekosten** für *Instandhaltung, Entschädigungen*)
- Für betroffene Belange das **richtige Gewicht** im Vergleich zum Ziel der Planung finden
- Feststellen, ob **wichtige** Belange **wesentlich** beeinträchtigt werden **Wenn ja, dann Alternativen, Varianten, Maßnahmen prüfen**

➤ **Entscheiden**

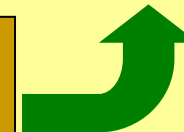
Alternativen?

Ziele des Plans

*Varianten ?
Maßnahmen ?*



Auswirkungen des Plans prüfen



Vermeidungsgebote

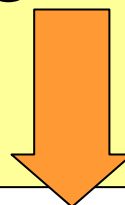
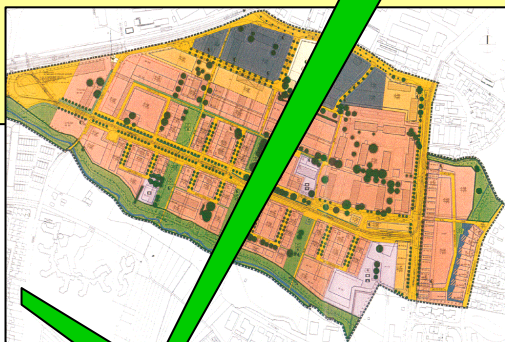
Umwelt- und
Naturschutz

Wirtschaftliche
Belange

Soziale
Belange

Interessen einzelner Personen / Personengruppen,
Betriebe oder öffentlicher Institutionen

gerechte Abwägung **aller** Belange



Entscheidung
über den Plan



Die Suche nach Alternativen, Varianten und Minderungsmaßnahmen

- Kompetenzen zur Lösung von Problemen
 - Ingenieurfachlich, technisch
 - Planungsrechtlich
 - Organisatorisch
 - Fähigkeit zur Kommunikation (interdisziplinär, sozial integrierend, interkulturell)
 - Phantasie, Kreativität

Gute Planung braucht kompetente Planer

Strategische Umweltprüfung

Richtlinie der Europäischen Union

Strategische Umweltprüfung – Warum ist das nötig ?

Defizite aus der praktischen Planung:

- Umweltbelange vergessen oder nicht erkannt
- Umweltbelange erst zu spät berücksichtigt
- Umweltbelange in der Abwägung zu leicht gewichtet
- *Auch bei Planungen für die Umwelt wurden andere wichtige Umweltbelange nicht berücksichtigt (z.B. Energieversorgung)*
- nicht kreativ genug nach **Alternativen, Varianten oder Maßnahmen zur Minderung von Umweltbelastungen** gesucht

Außerdem fehlten EU-einheitliche Regeln für grenzüberschreitende Planungen

Strategische Umweltprüfung – Was ist zu tun?

- **Festlegung des Untersuchungsrahmens**
 - **Beteiligung von Umwelt- und Gesundheitsbehörden**
 - **Anhörung von Sachverständigen**
- **Erstellen eines Umweltberichtes**
 - **Inhalt und Ziele der Planung**
 - **Relevante Ziele des Umweltschutzes**
 - **Umweltzustand und **erhebliche** Umweltauswirkungen**
 - **Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, Alternativen, Varianten**
 - **Begründung der ausgewählten Variante**
 - **Künftig geplante Überwachungsmaßnahmen**
- **Beteiligung der Öffentlichkeit**
- **Berücksichtigung der Umweltbelange in der planerischen Abwägung und Entscheidung**

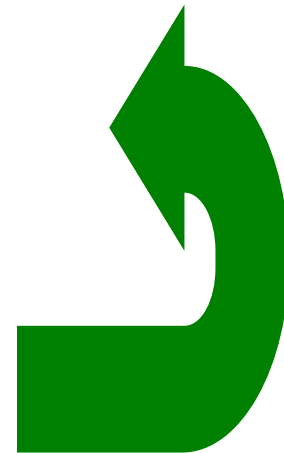
Partizipativ planen - Bürgerbeteiligung

Rechte der Bürger in Planungsverfahren

- Nachträgliche gerichtliche Plankontrolle
- Beteiligung im Vorfeld von Entscheidungen
 - Öffentliche Auslegung von Plänen und das Recht auf Einwendungen
 - Vorgezogene Bürgerbeteiligung
 - Bürgerbeteiligung im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung

Rechte der Bürger in Planungsverfahren

- Nachträgliche gerichtliche Plankontrolle
- Beteiligung im Vorfeld von Entscheidungen
 - Öffentliche Auslegung von Plänen und das Recht auf Einwendungen
 - Vorgezogene Bürgerbeteiligung
 - Beteiligung im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung



Gerichtliche Kontrolle: Wer hat Rechte ?

- **Nachträgliche gerichtliche Plankontrolle**
 - Einzelne Bürger oder Betriebe, die Gefahren, erhebliche Belästigungen oder sonstige erhebliche Nachteile erleiden
 - Öffentliche Institutionen (z.B. Kommunen), wenn ihre Aufgabenerfüllung wesentlich erschwert wird
 - **Staatlich anerkannte Umweltverbände**, wenn sie mit ihren satzungsgemäßen Zielen wesentlich beeinträchtigte Umweltbelange vertreten
- **falls** sie bei der Auslegung des Plans Einwände gemacht haben, die **nicht genug** beachtet wurden

Wer hat Recht auf Eingaben ?

- Vorgezogene Bürgerbeteiligung

- Jeder, d.h.

- einzelne Bürger oder Betriebe
 - Öffentliche Institutionen (z.B. Kommunen, oder Fachbehörden)
 - **Staatlich anerkannte Umweltverbände**, aber auch alle anderen Bürgervereinigungen

der Verbesserungsvorschläge

oder **Ideen für Planungsvarianten** hat

Wozu Bürgerbeteiligung ?

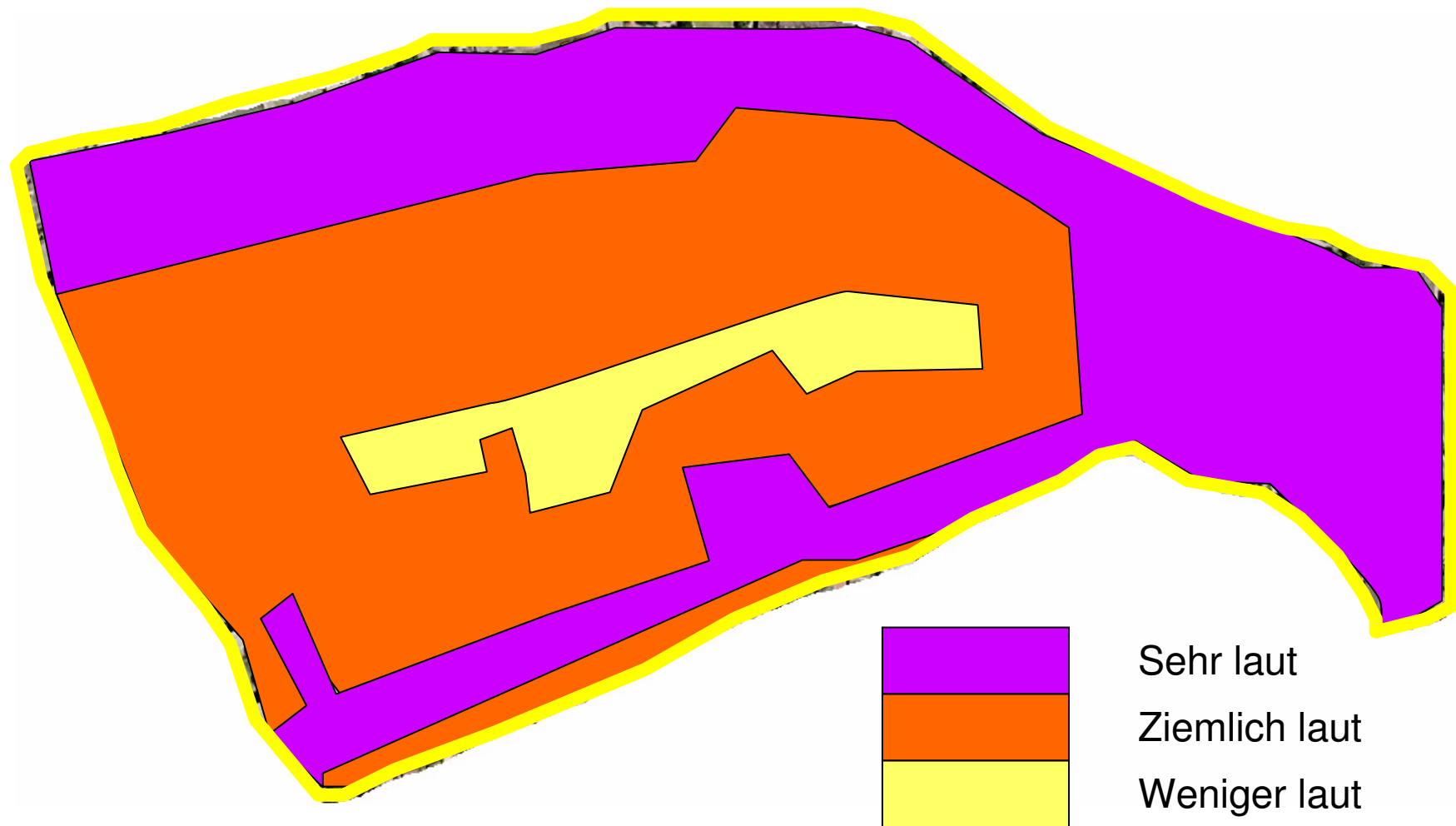
- Konflikte frühzeitig erkennen
- Fehler vermeiden
- Mit wenig Aufwand gute Lösungen finden
- Transparenz der Entscheidung
- Akzeptanz der Planung und Unterstützung durch Bürger bei Realisierung
- Vorbereitung von privaten Investitionen

Beispiel für Bürgerbeteiligung

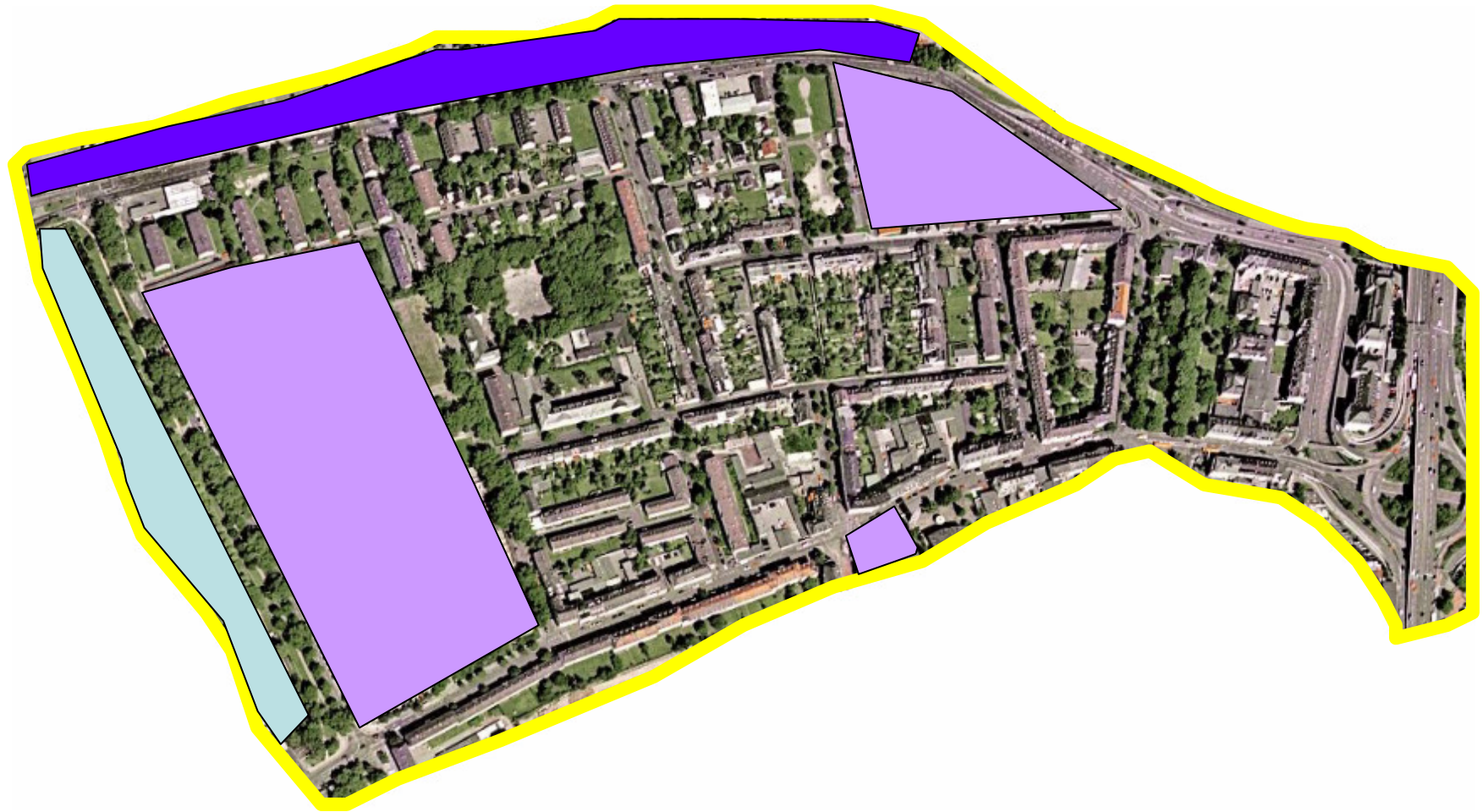
Lärminderungsplan in einem hoch belasteten Stadtteil



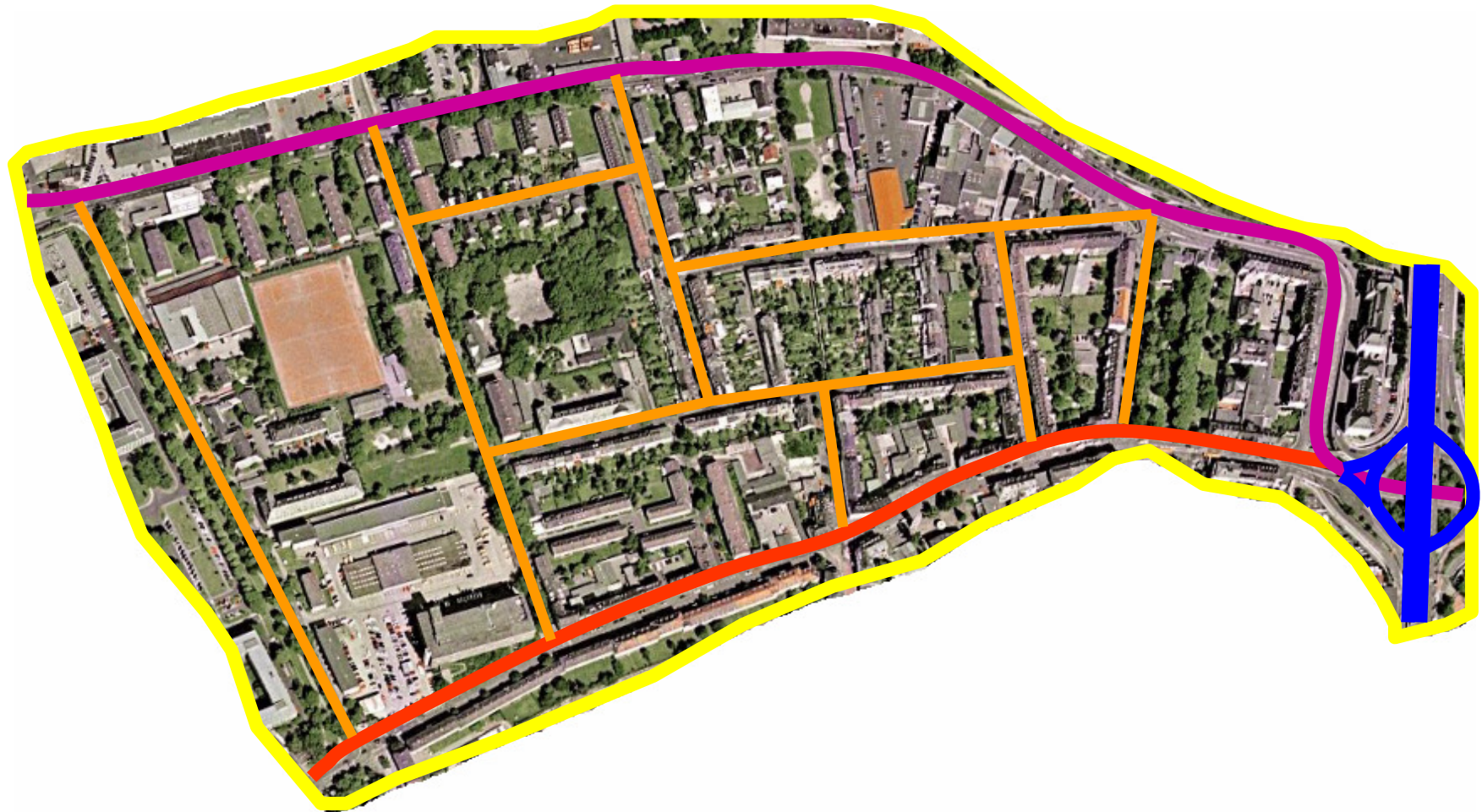
Belastung der Bevölkerung durch Lärm



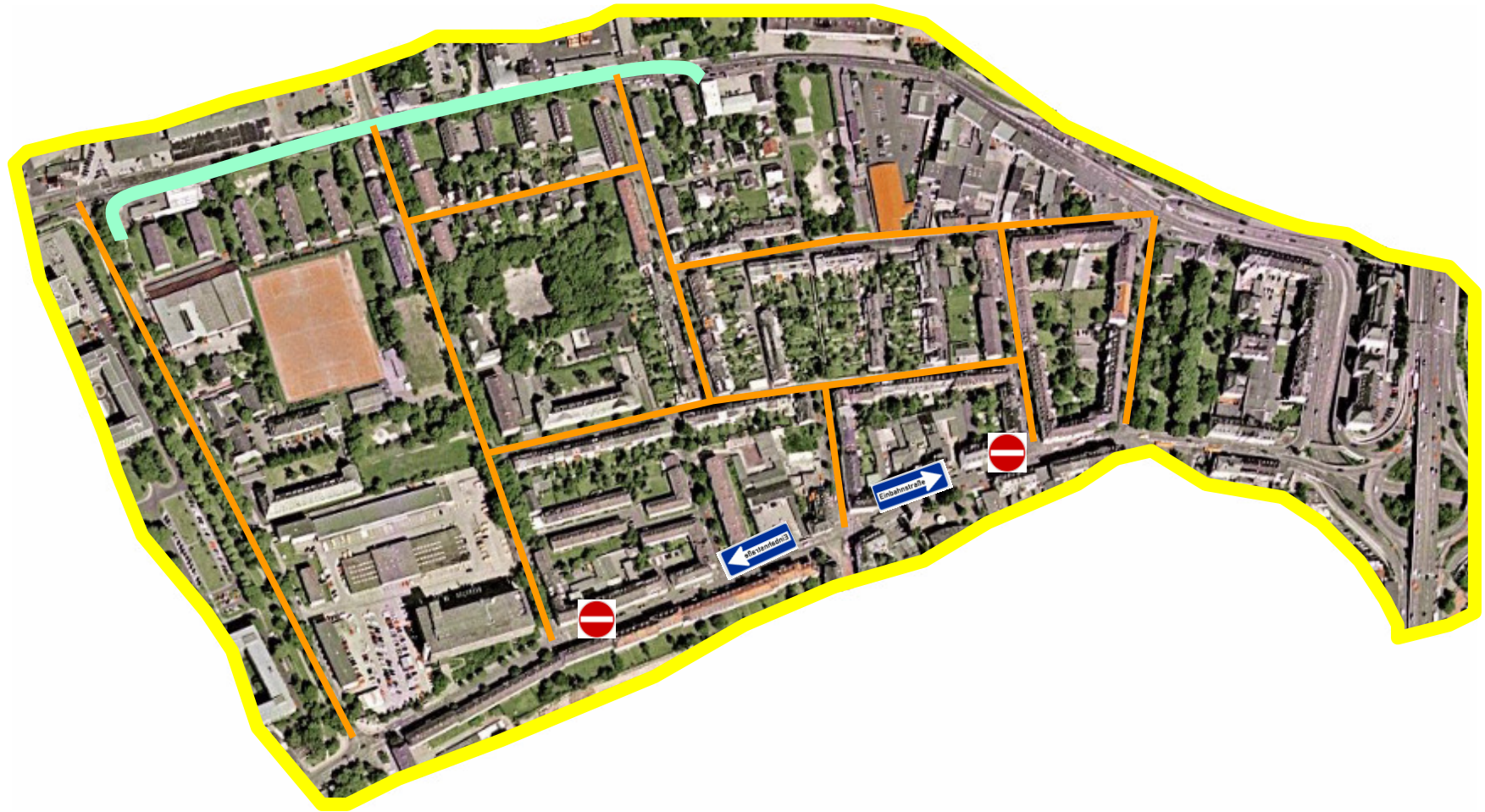
Gewerbliche Nutzungen



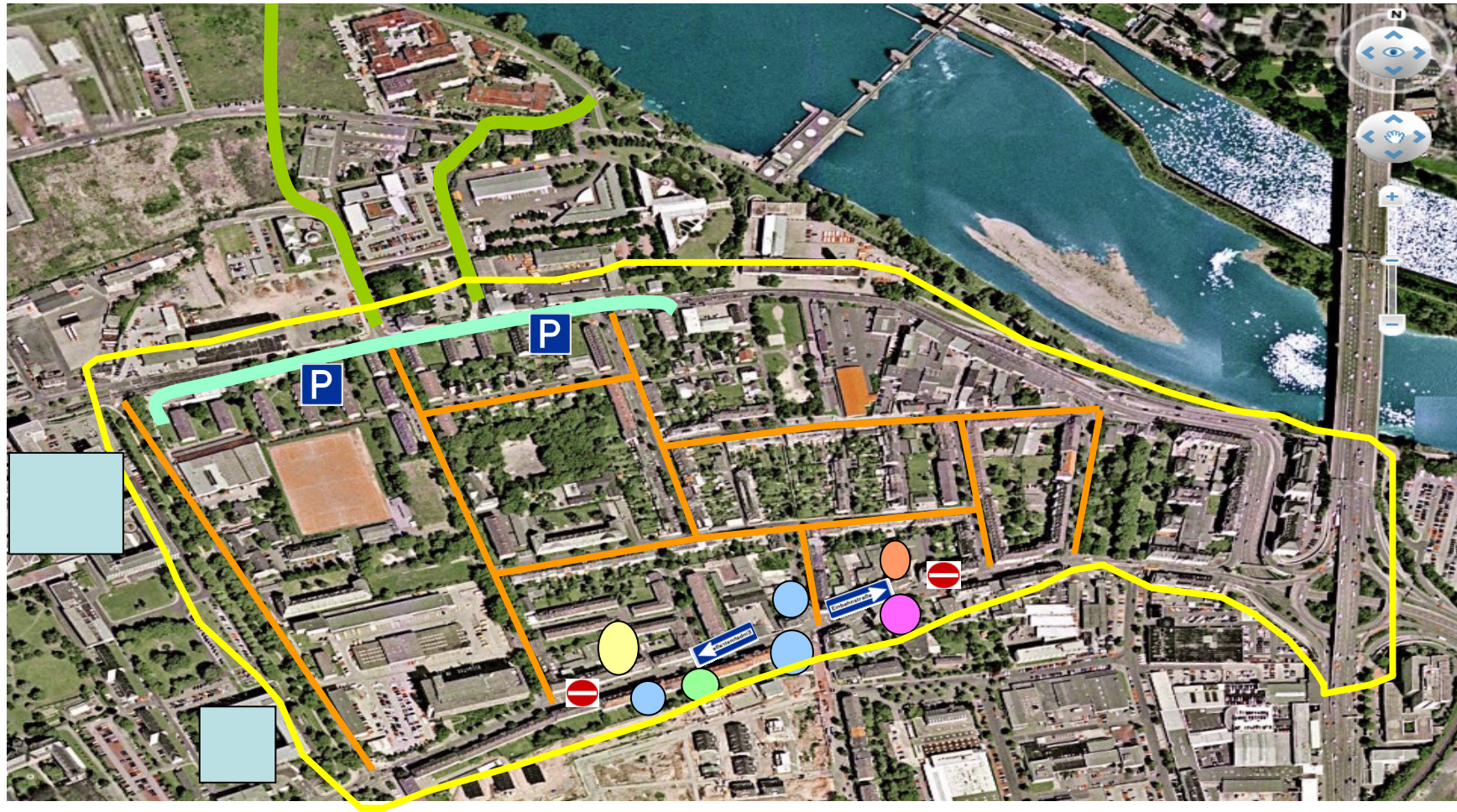
Verkehrsstraßen



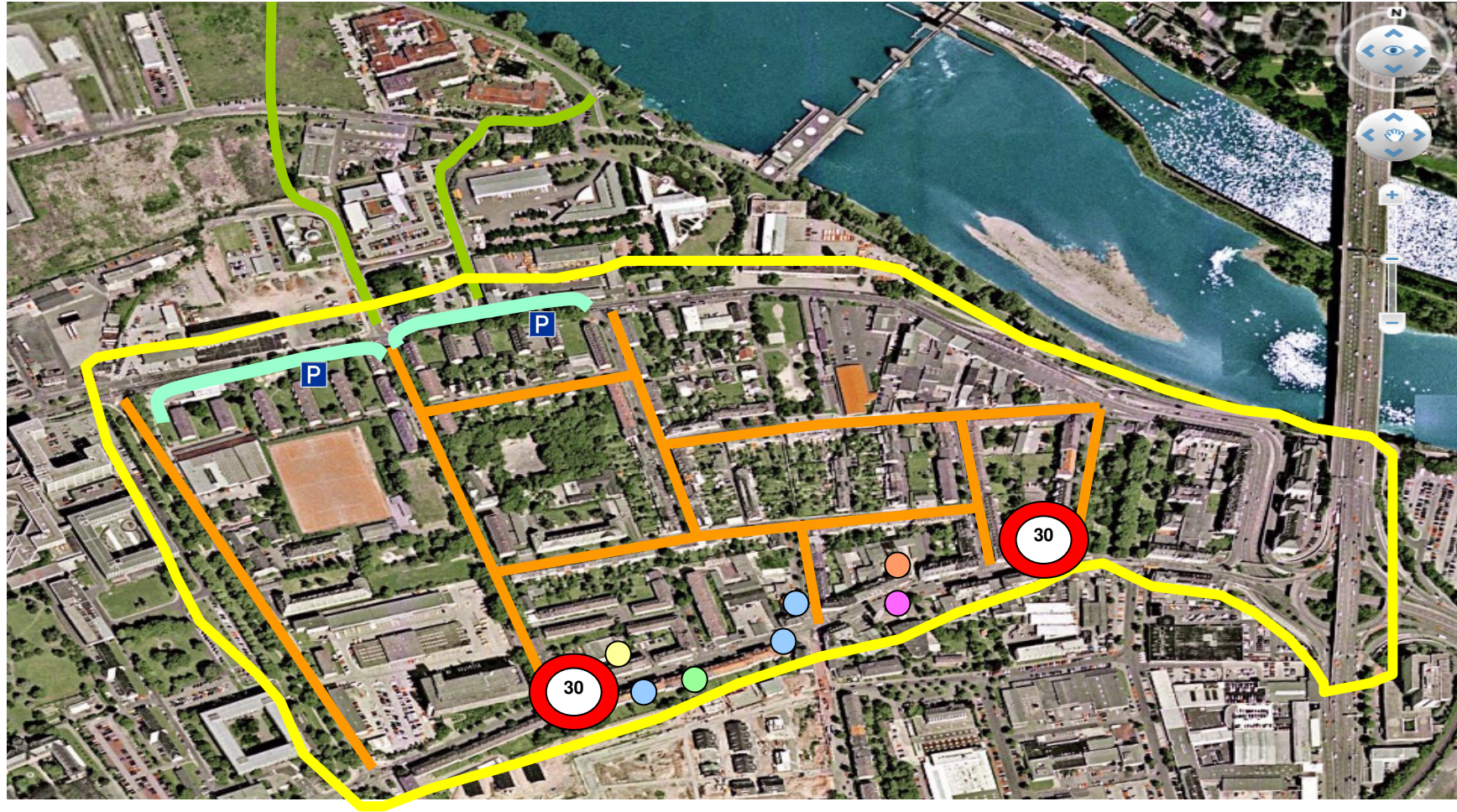
Geplante Lärminderungsmaßnahmen



Ausgelöste Konflikte



Gefundene Lösungen nach intensiver Bürgerbeteiligung



Wie führt man Bürgerbeteiligung praktisch durch?



- Öffentliche Auslegung
 - Ankündigung z.B. in Zeitungen
 - Information über Ziele und Inhalte der Planung
 - Welche Gebiete betroffen sind
 - Wann und wo die Bürger den Plan (und den Umweltbericht) sehen können
 - Bis wann die Bürger, Betriebe oder Verbände ihre Einwände geltend machen können
 - *Fortschrittliche Kommunen stellen Pläne inzwischen auch ins Internet und lassen auch Anregungen oder Einwände per email zu*

Wie führt man Bürgerbeteiligung praktisch durch?

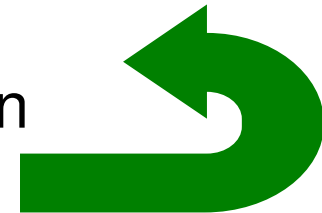
- Öffentliche Auslegung (mit Umweltbericht)
- Vorgezogene Bürgerbeteiligung
 - Planer präsentieren erste Ideen oder Planentwürfe auf öffentlichen Bürgerversammlungen
 - Schülerseminare oder Ideenwettbewerbe
 - Internetplattformen
 - Workshops, zu denen gezielt zufällig ausgewählte Bürger eingeladen werden (Aktivierung der „schweigenden Mehrheit“)

Was geschieht mit Anregungen oder Einwendungen?

Lernende Planung:

- Im frühen Stadium Ideen sammeln
- Ersten Planentwurf (mit **Alternativen, Varianten**)
-  Planentwurf präsentieren und diskutieren
-  Anregungen und Einwendungen analysieren
- Planentwurf verbessern (mit Varianten)

- Beste Variante auswählen
- Begründen, warum bestimmte Vorschläge nicht berücksichtigt wurden



 Über den Plan entscheiden

Schlussbemerkung

Planungskultur

- Gegenseitige Achtung
- Verständnis für unterschiedliche Interessen
- Fürsorglichkeit für Schwächere
- Umweltbewusstsein
- Verantwortung für künftige Generationen
- genereller Sinn für das Gemeinwohl

Planungskultur fällt nicht vom Himmel.

Jeder Staat, jede Region, jede Stadt muss sich diese Kultur erarbeiten und mit jedem einzelnen Planungsprozess neu pflegen.

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit !

Gertrude Penn-Bressel
gertrude.penn-bressel@uba.de

www.umweltbundesamt.de/rup

